

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Verlagsstelle und Schriftleitung: Stolper, Präsidentenstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolper 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50 % Nachlaß, die 3 gespaltene Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 12 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 31

Mittwoch, den 6. Februar 1924

48. Jahrgang

Dr. Jarres über die politische Lage

Reichsminister Dr. Jarres sprach am Montag auf Einladung der Deutschen Volkspartei in Harburg über die politische Lage. Der Minister begann in seinen Ausführungen mit dem Ausdruck freudiger Hoffnung und Überzeugung, daß jetzt endlich Klarheit über Deutschlands Verhältnisse nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland eintritt.

Die Politik der Reichsregierung geht dahin: Wir wollen eine Verständigung mit Frankreich versuchen auf wirtschaftlich annehmbare Art. Wir wollen Opfer bringen, sobald wir sie bringen können. Wir sind uns immer darüber klar, daß es schwere Opfer sein werden, aber wir wollen diesen Weg nur gehen auf dem Status quo. Eine Verständigung kann nicht gesunden werden durch Verhandlungen von Privaten und nicht von Parteien, sondern nur durch direkte Verhandlung von Regierung zu Regierung. Die Belange der besetzten Gebiete sind im jetzigen Reichsministerium wohl vertreten. Es wird eine der ersten Aufgaben der Reichsregierung sein, bei den Sachverständigenkonferenzen es den Feinden klar zu machen, daß wir größere Lasten nicht mehr übernehmen können. Der Redner geht dann im einzelnen auf die Regiebahn ein, die niemals prosperieren könne, wenn sie nicht wieder mit der deutschen Welt vereinigt werde. Auch die so blühende Rheinisch-Westfälische Kohlenvereinigung sei in den deutschen Händen geblieben. Der Redner erinnert daran, daß als Opfer des Ruhrkampfes etwa 60000 gute Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, Tausende wurden in Gefangnisse gebracht und schmachten noch heute hinter Kerlgittern.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Minister auf unsere Außenpolitik zu sprechen, die in 3 Aktionen ihren besondern Weg geht, und zwar handelt es sich um

1. die Antwort der deutschen Regierung auf die Antwortnote auf unsere Beschwerde wegen der Unterdrückung der Separatistenbewegung.

2. die deutsche Note, welche die Ehrenpunkte betraf und berechnete, da sie bisher von dem Feinde eine Ablehnung erfahren hat, hier wiederum neue diplomatische Aktionen eingeschlagen werden.

3. die Verhandlungen mit dem Sachverständigenausschüssen, die jetzt in Berlin weilen. Die deutsche Regierung hat eingehendes Material in umfangreichen Denkschriften diesen Kommissionen vorgelegt. Sie wird weiteres über die Besatzungskosten noch vorlegen. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Kommissionen sich auch mit den Grundproblemen befassen müssen. Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, dann kann dieser Stumpf nur eine kleine Episode sein in dem furchtbaren Ringen, dann muß die Welt auf die Dauer furchtbares erleben, denn ein Volk wie das deutsche läßt sich nicht auf die Dauer unterjochen.

Zur Innenpolitik übergehend, erklärte der Minister: die Verantwortung, die auf die 12 Männer der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz gelegt worden ist, ist riesengroß. Aber das Ermächtigungsgesetz mußte kommen. Es kommt heute auf die große Linie in der Politik an, die innere Linie wird vorgeschrieben durch die unbedingte Notwendigkeit, unsere Währung zu halten und die Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Das deutsche Volk muß jetzt zeigen, daß es den Willen zur Arbeit und auch zur Armut besitzt. Eine zweite Inflation können wir uns nicht leisten. Wir sind überzeugt, daß die Rentenmark sich halten wird.

Dr. Jarres streifte dann die Verordnungen, die im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind und betonte, auf die 3. Steuernotverordnung eingehend, daß der Kernpunkt dieser Verordnung der ist, daß die Inflationsgewinne besteuert werden müssen. Zum Schluß seiner Rede wies der Minister auf die bayerische Denkschrift betr. die Verfassungsänderung hin, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es hier zu einer glücklichen Lösung komme. Längere Ausführungen machte der Minister dann noch über die schwebenden Fragen über die Abstimmlung in den 5 Bezirken der Provinz Hannover, die darauf hinausgehen, ob diese Provinzen zu Preußen gehören sollen oder nicht.

„Neutrale, Männer für die Pfalz.“

Lord Cremes Empfang bei Macdonald.

London, 5. Februar. Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, der sich seit Montag hier aufhält, begab sich gestern Abend zu Macdonald. Der stattgefundenen Unterredung mißt man in diplomatischen Kreisen große Bedeutung bei. In der Hauptsache wird sie sich auf die Rheinpfalz beziehen.

Nach glaubwürdigen Informationen zu schließen, hat Lord Crewe dem englischen Premierminister neue Vorschläge

seitens der französischen Regierung über die Verwaltung der Rheinprovinzen mitgeteilt. Der französische Plan wird namentlich darin bestehen, bei der Botschafterkonferenz die Einsetzung einer neutralen, aus unpolitischen Männern bestehenden Regierung in der Rheinpfalz zu beantragen, von der sowohl die „Nationalisten“ als die Separatisten ausgeschlossen bleiben sollen.

Weiter habe Lord Crewe Macdonald wichtige Vorschläge Poincarés betr. Wänderung der französischen Ruhrpolitik, mitgeteilt. Der französische Botschafter St. Aulaire begab sich nach dem Foreign Office, wo er mit verschiedenen Unterstaatssekretären längere Aussprachen hatte. In Londoner diplomatischen Kreisen ging gestern hartnäckig das Gerücht um, daß Macdonald demnächst das Amt als Außenminister abgeben werde in der Absicht, sich ausschließlich seiner Aufgabe als Premierminister zu widmen. Vor seiner Unterredung mit Macdonald hatte Lord Crewe eine Besprechung mit St. Aulaire.

Einfluß der Industriellen.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist eine Anzahl hervorragender französischer Industrieller in London eingetroffen, wohl, um den Versuch zu machen, britische Industriekreise und andere Londoner Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenwirkens in der Behandlung der Rhein- und Ruhrindustrie, d. h. in der Ausnutzung der sogenannten produktiven Pfänder, zu gewinnen.

Dem diplomatischen Berichterstatter der „Westminster Gazette“ zufolge steht die britische Regierung auf dem Standpunkt, daß die Frage der Verwaltung der Pfalz eine innere Angelegenheit des Deutschen Reiches sei, und daß die Errichtung einer neuen Regierung auf Befehl der Botschafterkonferenz, die dem Wünschen der deutschen Regierung und der großen Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung zumiderlaufe, eine Verletzung des Rheinlandabkommens und der Weimarer Verfassung darstellen würde.

Die unmögliche Zollgrenze.

Die Reichsregierung fordert sofortige Aufhebung.

Wie halbamtlich gemeldet wird, war bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten über die Herstellung eines lebensmöglichen Zustandes in den besetzten Gebieten von deutscher Seite unter anderem beantragt worden, daß die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Erhebung eines Zolles in Höhe von 25 Prozent des deutschen Zolltarifs für die Güter, die aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet kommen, aufgehoben wird. Durch diese Zolllosen ze ist die Wirtschaft des besetzten und des besetzten Gebietes auf das schwerste geschädigt worden.

Mit dem Aufhören des passiven Widerstandes hätte man erwarten dürfen, daß auch diese ausdrücklich als Strafmaßnahme eingerichtete Zollgrenze fallen würde. Die deutsche Regierung habe die Hoffnung, daß bei den Verhandlungen über den modus vivendi sicher in diesem Punkte Erleichterungen zu erreichen sein würden. Ganz im Gegenteil hat aber die interalliierte Rheinlandkommission vor kurzem, während die Verhandlungen noch schweben, die bisherige Zollhöhe von 25 Prozent auf die vollen 100 Prozent des deutschen Zolltarifs erhöht. Danach ist das besetzte Gebiet in wirtschaftlicher Beziehung gegenüber dem übrigen Deutschland vollständig zum Ausland gemacht worden.

Die wirtschaftliche Abtrennung der besetzten Gebiete vom übrigen Deutschland wird aber noch dadurch verschärft, daß die Besatzungsbehörden gleichzeitig den allgemeinen deutschen Zolltarif in 337 Positionen (mit insgesamt 946 Positionen) abgeändert haben, mit der offenkundigen Tendenz, die Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet über die politische Westgrenze, also von Frankreich und Belgien, zu begünstigen. Die Folge war, daß die deutschen Zolleinnahmen im Dezember 1923 nur noch die Hälfte der Zolleinnahmen im November 1923 betrugen. Die Schäden durch alle diese Maßnahmen der Besatzungsbehörden für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen sind ungeheuer. Der ernsthafteste und bisher erfolgreiche Versuch der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Währung und des Budgets würden in Frage gestellt, wenn dieser Zustand noch länger andauern würde. Die Reichsregierung hat daher die Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen über den modus vivendi nach Rückkehr des deutschen Vertreters nach Paris nicht abgeworfen, sondern bereits vor einigen Tagen in einer besonderen Note bei der französischen und belgischen Regierung gegen diese Maßnahmen Einspruch erhoben, auf die dadurch verursachten schweren Schäden hingewiesen und die alsbaldige Aufhebung dieser Maßnahmen beantragt.

Deutsches Reich

Die Deutschnationalen für baldige Reichstagswahlen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt eine Sitzung ab, in der sie sich wiederum mit der allgemeinen politischen Lage sowie mit dem bei den Neuwahlen zu befolgenden Maßnahmen der Partei beschäftigte. Erneut kam dabei der einmütige Wunsch der Fraktion zum Ausdruck, daß die Neuwahlen alsbald stattfinden mögen.

Vor der Einstellung der Bezahlung der Besatzungskosten. Der augenblicklich in Berlin befindlichen Sachverständigenkommission wird in den nächsten Tagen eine Denkschrift über die Besatzungskosten überreicht werden. Außerdem ist den Besatzungsmächten im Laufe der schon seit einigen Wochen schwebenden Verhandlungen über die Herabsetzung oder gänzliche Tilgung der Besatzungskosten eine Note überreicht, in der die Unmöglichkeit der Weiterzahlung der Besatzungskosten dargelegt ist.

Die Rückvergütung der englischen Ausfuhrabgabe eingestellt. Der Reichsfinanzminister hat Vertreter des an der Verbindung mit England interessierten Exporthandels empfangen und dabei über die Verhandlungen, die mit der englischen Regierung wegen der 40prozentigen Ausfuhrabgabe schweben, erklärt, daß die Wiederaufnahme der Zahlungen ganz unmöglich sei, da sie den deutschen Etat mit monatlich 15—17 Millionen Goldmark belasten würden, während die Gesamtsumme der an die Beamten des Reiches zu zahlenden Gehälter nur monatlich 45 Mill. Goldmark ausmache. Durch die Wiederaufnahme der Zahlungen der 40prozentigen Ausfuhrabgabe würde das Budget des Reiches völlig ruiniert werden. Die deutsche Regierung hat die Verhandlungen in London auch nach der Rückkehr ihrer Vertreter fortgesetzt und eine andere Regelung dieser Frage vorgeschlagen. Er habe die Hoffnung, daß in den kommenden Verhandlungen die jetzt entstandenen Schwierigkeiten beseitigt werden würden.

Angedachte Entschleifungen. Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps“ soll man in den Kreisen der belgischen Regierung den Ergebnissen der Beratungen der Sachverständigen-Ausschüsse mit großem Vertrauen entgegensehen. Nach Informationen von zuständiger Stelle hätten sich die Experten neuerdings auf das Prinzip geeinigt, daß die Steuerbelastung in Deutschland, die hinsichtlich der wirklichen Leistungsfähigkeit zurückgehe, auf die Höhe der Belastung in den alliierten Ländern gebracht werden müsse, um vor allem auch die deutsche Industrie gleich schweren Produktionsbedingungen, zu unterwerfen, wie sie von den Industrien der anderen Länder getragen werden müssen. Weiterhin bestehe in den Kreisen der Sachverständigen Übereinstimmung hinsichtlich der Opportunität der Aufstellung eines Reparationsbudgets in Deutschland, dem gewisse ständige Steuern zugeführt werden sollen. (Diese „Temps“-Informationen bedürfen noch anderweitiger Bestätigung.)

Auslands-Rundschau.

Nylov Lenins Nachfolger. Zum Präsidenten des Rates der Volkskommissare wurde Nylov gewählt. — Alexei Janowitsch Nylov ist im Jahre 1881 als Sohn eines Bauern geboren. Im Jahre 1898 trat er in die russische sozialdemokratische Partei ein. Insgesamt verbrachte er sieben und einhalb Jahre in Gefängnissen. 1917 wurde er zum Zentralkomitee der Bolschewiki gewählt, gleichzeitig zum Vorsitzenden des Moskauer Sowjets. Ab 1920 war er ständiges Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands, Mitglied des Präsidiums der Sowjet-Exekutiven der R. S. F. S. R. und der S. S. S. R., sowie Stellvertreter Lenins im Arbeits- und Verteidigungsrat, sowie des Rates der Volkskommissare.

Der unzulängliche Völkerbund. Im schwedischen Ministerrat sagte Ministerpräsident Erhger über Schwedens Außenpolitik und seine Stellung zum Völkerbunde, die Mitgliedschaft für Schweden bringe Verpflichtungen mit sich, ohne daß dem Lande selbst wirkliche Hilfe garantiert wäre. Ueber dem Geist, der den Völkerbund beseele, könne man Zweifel hegen. Die schwedische Neutralität könne schon durch Verpflichtungen hinsichtlich wirtschaftlicher Gewaltmaßnahmen usw., die es durch den Eintritt in den Bund übernommen habe, in Gefahr gebracht werden.

Folgen des Frankensturzes. Als ein Zeichen der zunehmenden Lebensmittelteuerung ist eine anberaumte Versammlung sämtlicher Pariser Tageszeitungen anzusprechen, die darüber Beschluß fassen soll, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Papierpreise und Löhne den Verkaufspreis der Zeitungen sofort zu erhöhen.

Bermischtes.

Die Not in Deutschland. Der schwedische Volkswirt Dr. Karl Hildebrand, der kürzlich in Berlin weilte, um sich im Auftrage des schwedischen Roten Kreuzes von der Wirtschaftslage der Bevölkerung durch eigene Beobachtung ein Bild zu verschaffen, erklärte vor seiner Abreise einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ u. a., wer von einer Not in Berlin nichts gesehen haben sollte, sei den Orten des Elends absichtlich oder unabsichtlich aus dem Wege gegangen.

Die „unsichtbare“ Besetzung. Die sogenannte unsichtbare Besetzung des Ruhrgebietes macht folgende Anforderungen: Bochum: Eine Artilleriekaserne; Düsseldorf: Artilleriekaserne und Lagerschuppen; Dortmund: Eine Artilleriekaserne und Ställe; Essen: 3000 Wohnungen mit Ausstattungen, Kinos, Ställe; Mettmann: Kinos und Wohnungen; Lennep: Eine Kaserne; Wülfrath: Eine Kavalleriekaserne; Recklinghausen: Eine Kaserne. Der Kostenaufwand für diese Bauten wird sich mindestens auf 25 bis 30 Millionen Goldmark belaufen.

Ein siebenfacher Raubmörder. Der kürzlich in Moosburg (Oberbayern) verurteilte Schlosser Otto Negerbauer, der bereits drei von ihm ausgeführte Raubmorde eingestanden, hat jetzt im Landeshafter Gefängnis sein Geständnis dahin erweitert, daß er noch vier Morde sowie eine Brandstiftung verübt habe. Ueber einen fünften Mord sind seine Aussagen noch unklar. Als Motiv für seine Mordtaten gibt Negerbauer an, daß er Geld gebraucht habe.

Selbstmord eines Scharfrichters. In Breslau hat sich der Scharfrichter Paul Späthe mit einem Revolver erschossen. Späthe war seit 1912 Scharfrichter für das ganze Deutsche Reich. Er hat während seiner Scharfrichteraufbahn insgesamt 45 Hinrichtungen, meist mit dem Beil, ausgeführt. Seine letzte Amtshandlung vollzog er in Köln. Von Köln hat er ein Attest mitgebracht, das ihm auf seine dringende Bitte hin die Staatsanwaltschaft Köln ausgestellt hat: „Dem Scharfrichter Paul Späthe aus Breslau wird hiermit bestätigt, daß er einwandfrei und gut gearbeitet hat.“ Das Schicksal Späthes ist tragisch. Er hat Anfang Januar seine Frau verloren, an der er mit zärtlicher Liebe gehangen hatte. Seit dem Tode seiner Frau war der rüstige Mann völlig gebrochen. Er, der 45 Menschen vom Leben zum Tode befördert hat, ohne mit einer Wimper zu zucken, verfiel in Schwermut, als seine Frau starb, und erschloß sich schließlich.

Die älteste Frau Europas gestorben. In Sie na ist die Greisin Lavagni gestorben. Sie erreichte das Alter von 123 Jahren und starb an Aterienverkalkung. Als hundertjährige Greisin vermochte sie noch zu lesen und erfruchte sich bis in die letzten Jahre eines vorzüglichen Appetits. Sie war aller Wahrscheinlichkeit nach die älteste Frau Europas.

Gerichtliches.

Zwei Todesurteile. Unter großem Andrang der Bevölkerung wurde in zweitägiger Verhandlung vor dem Volksgericht in Traunstein in Bayern gegen die Großbäuerin Anna Schwangler aus Pirach und ihren Geliebten Alois Pugler, dessen Bruder Bartholomäus Pugler und deren Stiefmutter Margarete verhandelt. Anna Schwangler unterhielt mit Alois P. hinter dem Rücken ihres 23jährigen Ehemannes ein Liebesverhältnis und stiftete nach der Anklage beide Brüder an, ihren Mann zu ermorden und ihn in den Waginger See zu werfen. Am 9. September vorigen Jahres lockte Frau Schwangler ihren Mann in den Wald, wo verabredungsgemäß die beiden Brüder den Ehemann überfielen und durch drei Schüsse niederschlugen. Frau Schwangler raubte ihrem in den letzten Zügen liegenden Mann noch die Brieftasche. Die beiden Brüder packten die Leiche in eine Zeltbahn, trugen den Toten nach dem zwei Kilometer weit entfernten Waginger See und versenkten dort den Leichnam. Unter dem erdrückenden Verdachtsmaterial war die Angeklagte im allgemeinen gewändig. Anne Schwangler und ihre Geliebter Alois Pugler wurden schließlich zum Tode verurteilt. Gegen Bartholomäus

Pugler wurde auf drei Jahre Zuchthaus und gegen die Stiefmutter auf acht Jahre Zuchthaus erkannt.

Stadt Kreis Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldmark: Butter 1.40, Schweinefleisch 0.50—0.90, Rindfleisch 0.80 bis 1.20, Hammelfleisch 0.80—1.00, Kalbfleisch 0.80—1.00, Blöße 0.30—0.40, Heringe 0.25, Stint 0.25, Mohrrüben 0.10, Zwiebeln 0.35, Wurzeln 0.05, Kohlrabi 0.10, Weißkohl 0.10, Rottkohl 0.20, Äpfel 0.80—1.00 das Pfund, Eier 0.18, Apfelsinen 0.10—0.15 das Stück.

Preisabschläge für elektrischen Strom. Der Elektrovorbund Pommern, Hauptverwaltung der Ueberlandzentralen beim Provinzialverband von Pommern, schreibt uns: Die Preisabschläge auf allen in Betracht kommenden Gebieten setzen auch die pommerschen Ueberlandzentralen in die Lage, die Strompreise zu ermäßigen. Vom 1. Januar ab wird für landwirtschaftliche Abnehmer ein Einheitspreis für Licht und Kraft verordnet, so wie er schon für die übrigen Abnehmer seit längerer Zeit durchgeführt ist. Außerdem werden auf die jeweilige Monatsabnahme Rabatte gewährt, die je nach der Höhe der Abnahme gestaffelt sind. In den früheren Gebieten der Ueberlandzentrale Belgard, in dem der Grundgebühren Tarif gilt, wird diese Rabattstaffelung automatisch durch den Tarif herbeigeführt. Wenn diese Preisabschläge noch nicht das erwünschte Maß erreicht, so liegt dies daran, daß der Kohlenpreis, der in erster Linie für den Strompreis maßgebend ist, noch nicht die erhoffte Herabsetzung erfahren hat. Er liegt unter Berücksichtigung des Heizwertes und der Transportkosten noch etwa 70—90 Prozent über den Vorkriegspreisen. Es ist nach den bekanntgewordenen Nachrichten zu hoffen, daß noch in diesem Monat eine erhebliche Herabsetzung der Kohlenpreise vorgenommen werden wird, die dann sofort eine weitere Herabsetzung der Strompreise zur Folge hat.

Der Anlauf von Reichsfilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt bis auf weiteres zum 100-Milliardenfachen Betrage des Nennwertes. Ueber den Ankaufspreis für Gold erteilen sämtliche Reichsbankanstalten Auskunft.

Greifswalder Universitätsstag in Stolp. Da der für 1923 geplante Universitätsstag in Stolp nicht stattfinden konnte, weil nicht voraussehende zwingende Gründe seine Verlegung in letzter Stunde notwendig machten, hat sich die Greifswalder Universität bereit gefunden, ihn in der Pfingstwoche vom 10.—12. Juni dieses Jahres in Stolp zu veranstalten. Soweit die bisher von den Dozenten der Universität angekündigten Vorlesungen erkennen lassen, wird dem Interesse besonderer Fachgruppen, wie dem der Allgemeinheit in jeder Weise Rechnung getragen. Neben den schon angekündigten Vorlesungen ist auch beabsichtigt, solche über Fragen aus dem Gebiet der Kunst und der Naturwissenschaften zu veranstalten. Sobald die noch schwebenden Verhandlungen mit der Universität über die weitere Ausgestaltung des Programms abgeschlossen sind, erscheinen nähere Bekanntmachungen. An alle Verbände und Vereine ergeht schon heute die Bitte, von Veranstaltungen in der Zeit vom 10.—12. Juni abzusehen, um den Besuch des Universitätsstages nicht zu beeinträchtigen. Um möglichst weiten Kreisen die Teilnahme zu ermöglichen, ist der Preis für die Dauerkarte, die zum Besuch aller Vorlesungen berechtigt, auf 5 Mark festgesetzt; der Preis für die Einzelvorlesungen beträgt 1 Mark. Dauerkarten können schon jetzt vom Arbeitsausschuß für den Greifswalder Universitätsstag, Stolp, Gymnasium bezogen werden.

Niedererschlagung von Strafverfahren. Das preussische Justizministerium hat an die Staatsanwaltschaften Richtlinien erlassen, in denen die Staatsanwälte angewiesen werden, bei Straffachen, die in der Zeit der letzten Auswirkungen der Währungsnotlage wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen über den Ausnahmezwang von Papiermark anhängig geworden sind, in den Fällen in denen Anklage noch nicht erhoben ist, das Verfahren selbst einzustellen und, soweit Anklage erhoben ist, die Einstellung der Strafverfahren bei Gericht zu

veranlassen. Wo etwa bereits eine Verurteilung erfolgt ist, sollte, in Begnadigung, und zwar in jedem Einzelfalle zu unter den gegebenen Verhältnissen sicher gerechnet werden.

Zu dem Ueberfall auf das Postamt Hebron-Damm meldet „Telegr.-Union“ noch folgendes: Mit der Festnahme der Räuberbande, die vollständig gelungen ist, wurde eine merklich Mitteldeutschland heimische, aber auch Berlin umgegend unsicher machte. Sie haben Bankhäuser ausgeplündert, Postämter und große Industriebetriebe ausgeraubt. Die Unternehmen glückten ihnen fast immer, weil sie schwer bewaffnet mit Handgranaten usw. vorzugehen pflegten. Bande arbeitete ihre Pläne stets aufs genaueste aus. Eingehend wurden vorher auch die Fluchtmöglichkeiten überlegt und nach allen Richtungen festgelegt. Nach den sorgfältigsten Vorbereitungen rückten die Verbrecher mit Fahrzeugen oder auch Automobilen aus, sobald der Ueberfall jedesmal ein Ueberfall war. Von Berlin aus hat sich Kriminalkommissar Werneburg, der Leiter des Raubdezernates der Berliner Kriminalpolizei, nach Pommern begeben, um dort bei weiteren Feststellungen mitzuwirken.

Zuschüsse für Betriebe bei Erwerbslosenbeschäftigung. Die Regelung des Arbeitsmarktes hat der Reichsarbeitsminister die Möglichkeit eröffnet, Erwerbsunternehmungen, die in oder in selbständigen Betriebsstellen stillliegen, Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen, wenn sie den Betrieb wieder aufnehmen und in ihm mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen, die zwei Wochen Erwerbslosenerntfaltung bezogen haben und noch weiter erwerbslos sein würden.

Ueber die Einlösung des preussischen Notgeldes. teilt die Amtliche Preussische Presseagentur folgendes mit: In der Öffentlichkeit bestehen vielfach noch Zweifel über die Giltigkeit des Notgeldes des Freistaates Preußen. Zur Klarstellung werden daher noch mal die Termine mitgeteilt, bis zu denen die aufgeführten Scheine zu 4,20 und 2,10 Goldmark bei der Notgeldstelle des preussischen Finanzministeriums, Berlin, Dranienstraße 106-109 eingelöst werden. Die über 1,20 Goldmark gleich 1 Dollar nordamerikanischer Währung lautenden Scheine werden vom 18. 1. 1924 ab bis 17. 2. 1924 eingelöst, die über 2,10 Goldmark gleich 1/2 Dollar nordamerikanischer Währung lautenden Scheine vom 26. 1. 1924 ab bis 2. 2. 1924 einschließlich gegen Goldschabanweisungen oder Goldanleihe eingelöst. Es wird nochmals betont, daß die Giltigkeit und der Umlauf der übrigen noch nicht aufgerufenen preussischen Notgeldscheine hiervon nicht berührt werden, und daß diese Scheine nach wie vor in Zahlung genommen werden können. Auch sei, um Verzögerung in der Abfertigung zu vermeiden, darauf hingewiesen, daß von der Notgeldstelle nur bei von dem Freistaate Preußen ausgegebene wertbeständige Notgeld eingelöst wird.

Sonntagsfahrkarten für kleinere Städte. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich der Reichsverkehrsminister jetzt entschlossen, die Sonntagsfahrkarten auch der berrücktesten Bevölkerung in kleinen Städten und auf dem flachen Lande zugänglich zu machen und ihr dadurch Gelegenheit zu geben, ebenfalls landschaftlich bevorzugte Gegenden aufzusuchen und sich durch den Besuch städtischer Bildungsanstalten auch stetig fortzubilden. Danach sind die Reichsbahn-Verwaltungen mächtig worden, wenn die Bedürfnisse vorliegt, und betriebliche Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind, auch von kleineren Stationen nach größeren Städten Sonntagskarten einzuführen. Gleich wird die bisherige Beschränkung aufgehoben, womit Sonntagskarten von solchen Orten nicht ausgegeben werden sollen, nach denen selbst Sonntagskarten auflegen. Im wirtschaftlichen Interesse der Reichsbahn sollen dort, wo ein Bedürfnis dazu vorliegt, Sonntagskarten auch für die zweite Preisklasse ausgegeben werden.

Bei den Steuerzahlern herrscht über die Zahlungsmittel die im Barverkehr zur Begleichung von Abgaben an die Stellen der Reichsfinanzverwaltung abgegeben werden können

Opfer der Liebe.

Roman von D. Elster.

33. Fortsetzung

(Nachdruck verboten)

„Tut mir leid, Herr Winnefeld. Ich bin nur der gehorsame Diener des Herrn Hofrats, der mich beauftragt hat, seine hiesige Wohnung zu räumen, und seinen Haushalt aufzulösen. Weiter geht mein Auftrag nicht... doch ja! Da hat mir der Herr Hofrat einen Brief an Sie zugesandt, den ich Ihnen persönlich übergeben soll. Das kann ich nun gleich besorgen. Bitte, hier ist der Brief.“ Aus seiner Brieftasche nahm er einen Brief und überreichte ihn Henning, der hastig nach ihm griff.

Der Brief war an ihn adressiert. Rasch öffnete ihn Henning in der Hoffnung, jetzt näheren Aufschluß zu erhalten. Ein zweiter verschlossener Brief fiel ihm in die Hand, daneben ein Blatt Papier, auf dem in der steifen Schrift Mohrmanns nur die Worte standen:

„Sehr geehrter Herr von Winnefeld!

Würden Sie unherer alten Freundschaft zu Liebe mit den Diensten, Anliegendes dem Herrn Leutnant Grafen von Storff zu übergeben? Ich nehme Ihre Freundschaft in Anspruch, da ich die Adresse des Herrn Grafen nicht kenne und nicht wünsche, daß mein Brief an ihn in falsche Hände gerät. Sie werden sicherlich auch den Grafen dadurch zu Dank verpflichten, ebenso wie Ihrer Sie hochschätzenden ganz ergebensten Hofrat Mohrmann.“

„Sie machen ein Gesicht, wie die Sage, wenns donnert“, spottete Arnoldi in seiner rücksichtslosen Weise.

„Ich stehe vor einem Rätsel...“, sprach Henning erkaunt.

„Vielleicht löst Ihnen der Herr Graf Storff das Rätsel, Herr von Winnefeld.“

„Sie wissen, was in dem Brief an den Grafen steht?“

„Ich bin nicht besuht, darüber zu sprechen“, entgegnete Arnoldi ausweichend. „Aber ich denke mir, daß der Hofrat irgendeinen Zweck damit verbindet, daß er Sie ersucht, dem Grafen den Brief zu übergeben.“

„Sie haben Recht, ich werde Graf Storff aufsuchen.“

„Dazu kann ich nur raten, Herr Oberleutnant.“

„Und Sie — können mir weiter keinen Aufschluß geben?“

„Nein, Herr Oberleutnant... Hallo!“ rief er, sich an zwei Möbeträger wendend, die den Schreibtisch forttragen wollten, „laßt den Schreibtisch stehen. Ich habe da noch

die Bücher herauszunehmen. — Sie entschuldigen mich, Herr Oberleutnant.“

Er beschäftigte sich wieder mit dem Inhalt des Schreibzisches. Henning sah, daß für ihn hier nichts mehr zu tun war. Er grüßte Arnoldi flüchtig und entfernte sich.

Was hatte Graf Alex mit dem Hofrat zu tun? Da fiel ihm ein, daß dieser schon einmal einen Wechsel des jungen Grafen in Händen gehabt und ihn seinem Vater präsentiert hatte. Sollte Alex wiederum Schulden gemacht haben? Sandte der Hofrat ihm vielleicht eine Mahnung? Eine Zahlungsaufforderung?

Und weshalb dann durch ihn? Konnte der Brief nicht ebensogut des Hofrats Sekretär Arnoldi überbringen, wenn man ihn der Post nicht anvertrauen wollte?

Doch einerlei! — Henning würde sich mit dem jungen Grafen in Verbindung setzen. Vielleicht, daß er bei ihm des Rätsels Lösung fand.

Er erkundigte sich nach der Wohnung des Grafen und fuhr zu ihm. Graf Alex war glücklicherweise zu Haus; er empfing Henning mit einigem Ersäunen in seiner eleganten Junggesellenwohnung. Sie hatten sich öfters bei Mohrmann gesehen, und der Graf hatte das Gefühl, daß Hennings Besuch mit seinem Verhältnis zu dem Hofrat zusammenhing. Er befand sich noch immer in Unruhe über seinen Wechsel, den er in den Händen Mohrmanns wußte. Vergebens hatte er in den letzten Tagen versucht, Arnoldi zu treffen, obgleich er mehrere Mal in dessen Wohnung gewesen war.

„Was verschafft mir die Ehre, Herr Kamerad?“ fragte er, Henning zu Sähen einladend.

„Eine merkwürdige, mir selbst unerklärliche Angelegenheit“, entgegnete Henning. „Bitte lesen Sie diesen Brief.“ Damit überreichte er ihm das Schreiben Mohrmanns.

„Wie ich dazu komme“, fuhr er fort, „gleichsam der Vertrauensmann zwischen Ihnen und dem Hofrat zu sein, ist mir unerfindlich.“

„Und der Brief des Hofrats an mich?“ fragte Graf Alex in gespannter Erwartung.

„Hier ist er.“

„Sie erlauben, daß ich ihn öffne?“

„Bitte.“

Graf Alex öffnete den Brief, ein Ausruf der Ueberaschung entschlüpfte seinen Lippen, während er erödete. Ein mehrfach zerrissenes Papier fiel ihm entgegen, er erkannte seinen Wechsel über fünfzehntausend Mark, den er vor einiger Zeit dem Marquis ausgestellt hatte

Auf der Rückseite des Wechsels stand in der steifen Hand-

schrift des Hofrats nur das Wort: „Erledigt. Mohrmann hat Ihnen Kenntnis von dem Inhalt des Briefes, der Ihnen von Winnefeld“ fragte Alex, dem ein Stein vom Herzen gefallen war.

„Durchaus nicht, Graf Storff. Ich hoffe von Ihnen über die Gründe der auffallenden, schnellen Abreise des Hofrats Erklärung zu erhalten. Er gibt seine hiesige Wohnung auf. Es liegt mir daran, seine Adresse zu erfahren — in eigener Angelegenheit.“

Ein Lächeln huschte über das hübsche vornehme Gesicht des Grafen. Dann reichte er Henning die Hand. „Lassen uns offen sprechen, Kamerad“, sprach er herzlich. „Ich glaube zu wissen, welches Interesse Sie mit der Familie des Hofrats verknüpft. Fräulein Mohrmann schien eine große Neugier auf Sie auszuüben.“

„Ich bitte, Graf Storff...“

„Verzeihung! Ich möchte nicht indiscret sein. Aber sehen Sie hier diesen zerrissenen Schein! Es ist ein Schuldschein von mir, den ich dem Marquis Paulucci für eine Schuld ausgestellt habe. Der Marquis ist seitdem als ein Spieler und Falschspieler entlarvt worden. Er handelte jedoch im Einverständnis mit dem Hofrat und übergab mir einen Schuldschein zur Einkassierung an ihn. Daraus mögen Sie die Stellung des Hofrats und — seine Geschäfte erkennen und selbst urteilen, ob Sie Ihre Verbindung mit ihm aufrechterhalten wollen und können. Die Entlarfung des Marquis wird wohl auch der Grund sein, daß der Hofrat so rasch aus Berlin verschwunden ist. Er und der Marquis steckten unter einer Decke.“

Henning war blaß geworden. Er dachte an die Wertschätzung seines Freundes Stuckenbrock, an den alten Grafen Storff, der den ersten Wechsel seines Sohnes ebenfalls bei dem Hofrat eingelöst hatte, und mit einem Mal kam ihm ein schmerzliche Erkenntnis, daß er sich doch in dem Charakter des Vaters Elias getäuscht hatte. Die Liebe zu Ella hatte ihn blind gemacht; jetzt sah er klar die Wahrheit, die Hoffnungen, sein Glück, seine Liebe vernichten mußte. Er konnte er sich auch den Brief der Frau von Bogant, den der Hofrat ihm mitgegeben hatte, und die darin enthaltenen Schreibern Elias erklären! Man magie nicht, das Spiel mit ihm zu treiben. Deshalb bekam er von dem Hofrat keine Antwort, deshalb der heuchlerische Brief Elias, die mit schönen Worten über die Schmach ihres Vaters hinwegtäuschen wollte.

„Ich danke Ihnen, Graf Storff“, sprach er mit rauher Stimme, „für Ihre Aufklärung.“

(Fortsetzung folgt.)

vielfach Unklarheit. Es wird deshalb auf folgendes hingewiesen: Reichswährung ist nach wie vor die Papiermark. Diese bildet das gesetzliche Zahlungsmittel. Daneben werden von den Kassen die Rentenanscheine, sowie die Rentenpapiere in Zahlung genommen. Ebenso können Goldanleihe (aber nur die Stücke bis zum Dollar) und die Zwischenscheine über solche Stücke sowie das wertbeständige und nicht überbeständige Notgeld der Eisenbahnverwaltung als Zahlungsmittel hingegenommen werden. Wertbeständiges und nicht überbeständiges Notgeld der Länder, Kreise, Gemeinden, Industrie-Unternehmungen usw. wird, soweit es nicht zur Einlösung aufgerufen ist, von den Kassen ebenfalls in Zahlung genommen, wenn zur Ausgabe des Notgeldes die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums erteilt worden ist. Lokales Notgeld (z. B. solches von Gemeinden, Kreisen, usw.) kann nur insoweit angenommen werden, als es am Orte der Kasse selbst oder in deren Bezirk ausgegeben ist; für die Inzahlungnahme von Notgeld mit größerem Umlaufgebiet (z. B. der Länder) ist Bedingung, daß die Kasse innerhalb dieses Umlaufgebietes liegt. Zu der von den Steuerpflichtigen vielfach vertretenen Auffassung, daß die Kassen auch Anleihestücke usw. des Reiches zur Begleichung von Steuern in Zahlung nehmen, sei darauf hingewiesen, daß dies nicht der Fall ist, da andernfalls der eigentliche Zweck der Anleihe, dem Reich flüssige Geldmittel für längere Zeit zur Verfügung zu stellen, nicht erreicht werden würde. Insbesondere werden also nicht in Zahlung genommen die mit Zinscheinen ausgestatteten Stücke der Goldanleihe, — d. h. solche im Einzelwert von 12 Goldmark gleich 10 Dollar und mehr —, die Dollarschatanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 (R.-Schätze), sowie die Prozentigen, auf Geld lautenden Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. Dezember 1932. Eine Ausnahme ist, wie erwähnt, lediglich für die nicht mit Zinscheinen versehenen Stücke der am 2. September 1932 fälligen Goldanleihe — d. h. solche bis zu 5 Dollar — zugelassen worden.

Uebertreten von Grundschulern an die mittleren und höheren Schulen. Auf die vom Magistrat an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter dem 4. Januar gerichtete Anfrage, ob auch in Stolp, wo die Grundschule schon 1920 errichtet ist und der Uebergang an höhere Schulen schon im vorigen Jahre durch Einrichtung von Förderklassen nach dreijährigem Besuch der Grundschule ermöglicht worden ist, die Leistungen des Ministerialerlasses vom 28. Dezember 1923 Anwendung finden können, hat der Minister das Provinzialkollegium in Stettin ermächtigt, Bescheid dahin zu erteilen, daß der Erlass vom 28. Dezember 1923 auf alle Ostern 1921 schulpflichtig gewordenen Kinder Anwendung findet (selbstverständlich soweit sie sich als besonders begabt erwiesen haben und die Aufnahmeprüfung bestehen). Der Minister weist aber auf dem zweiten Satz der Ziffer 3 des genannten Erlasses hin, wo es heißt: „Es wird sich empfehlen, überall da, wo bisher schon die überwiegende Mehrzahl der Kinder erst nach 4-jährigem Besuch der Volksschule zur mittleren oder höheren Schule übergegangen ist, wo also eine Schädigung dieser beiden Schularten im kommenden Schuljahr voraussichtlich nicht eintreten wird, den vorzeitigen Uebergang von Kindern nach Möglichkeit mit dem Hinweis darauf zu verhindern, daß eine richtige Entwicklung der Grundschule und der ihr anvertrauten Kinder einem vorzeitigen Uebergang in jeder Beziehung vorzuziehen ist.“

Neufestsetzung. Man spart wieder. Die hiesige Kreissparkasse erzielte im Januar einen Gesamtumsatz von 3 107 761,02 Goldmark. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Warenambweg zu den Sparplätzen finden.

Flagebuhr. Fünf Geschlechter. Wir haben hier eine Familie, die mit fünf lebenden Geschlechtern aufwarten kann: Frau Rentiere Kleemann (87 Jahre), Urgroßmutter, ihre Tochter Frau Kantor Zühlke (67 Jahre), Urgroßmutter, deren Tochter Frau Kreisshulrat Else (45 Jahre), Großmutter, deren Tochter Frau Dr. Salo (25 Jahre) und ihr Töchterchen Brigitte (2½ Jahre).

Ufedom. Einen tödlichen Unfall erlitt beim Holzfällen in der Kriener Forst durch einen herniedergehenden Baum der Arbeiter Johann Salchow aus Sudow. — Einen wiederholten Mord erlitten die Diebe der hiesigen Walterschen Molkerei. Ihnen fielen 84 Pfund Butter in die Hände.

Einwermünde. Der Einbrecher im Schlafzimmer. — Ein Einbruchdiebstahl, der von außergewöhnlicher Frechheit zeugt, ist bei dem Tiefbauunternehmer Rogozinski in der Schweinstraße ausgeführt worden. Der Einbrecher öffnete die Tür mit einem Dietrich und gelangte in das Wohnzimmer, wo er eine Perle und eine Damenuhr mit Ketten, Silberzeug, Briefpapier, Geld usw. einpackte. Dann schlich er ins Schlafzimmer, wo das Ehepaar schlief, und entwendete auch hier einige Sachen, ohne daß er gefast wurde. Beim Verlassen der Wohnung hatte der Einbrecher das Pech, einen Stuhl umzuwerfen, wodurch Frau R. erachte. Sie konnte aber nur noch den davon eilenden Spitzhunden flüchtig sehen.

Letzte Meldungen

Der Beamtenabbau in Preußen.

Berlin, 5. Februar. Die preußische Regierung hat neben dem ständigen Ausschuss des Landtages ihre Verordnung über den Personalabbau in den preußischen Staatsbehörden und Gemeinden zugestellt. Die Verordnung schreibt vor, daß die Zahl der unmittelbaren Staatsbeamten und der Beamten von Angestellten in den Gemeinden um mindestens 25 Prozent des Standes vom 1. Oktober 1923 vermindert werden muß, und zwar muß die Entlassung von 15 Prozent vor dem 1. April 1924 erfolgt sein.

Die Beamtengehälter.

Berlin, 5. Februar. Der Hauptausschuss des Preußischen Landtags nahm einen Antrag an, wonach die Staatsregierung auf die Reichsregierung nachdrücklich einwirken soll, damit die seit dem 1. Dezember bestehenden Bezüge der Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter schleunigst ausserhalb und nach berechtigter Berücksichtigung des Familienstandes aufgebessert werden und ein weiterer Preisabbau herbeigeführt wird. Ferner wird ersucht um Ausbau der Notallotterie und um Gewährung einer namhaften Zulage für die Beamten und Kriminalbeamten des Außendienstes mit Einschluß der Landjäger.

Der Abstammungstermin für Hannover.

Berlin, 5. Februar. Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung, die Abstammung in Hannover 14

Tage nach den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen. — Angenommen wurde der Entwurf einer Verordnung über die Einführung der Genossenschaftsbildung und die Förderung der Bodenerwerbsförderung. Zweck der Verordnung ist, zur Sicherung der Volksernährung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes Bodenverbesserungsgenossenschaften bis zum 31. Dezember 1928 von der obersten Landesbehörde unter Feststellung von Plan und Satzung errichten zu lassen. — Annahme fand ferner der Entwurf einer Beamtenverordnungsverordnung, um Beamten, die auf Grund der Personalabbauverordnung in den dauernden Ruhestand gesetzt worden sind, den Erwerb und die Bewahrung von Grundeigentum (Gärten und landwirtschaftlichen Siedelungen) zu erleichtern.

Gesamtaussperrung im ostpreussischen Arbeitgeberverband.

Königsberg, 5. Februar. Der ostpreussische Arbeitgeberverband hat, da die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden ergebnislos verlaufen sind, eine Aussperrung der Arbeiter von heute ab beschlossen.

Skandinavien und Rußland.

Stockholm, 5. Februar. Nach hier vorliegenden Meldungen beabsichtigt die norwegische Regierung, in Stürze Rußland de jure anzuerkennen. In Schweden ist man wegen eines neuen Handelsabkommens mit Rußland in Verhandlungen getreten, doch scheint man sich immer noch abwartend verhalten zu wollen.

Anleihe Rumäniens in Italien.

Mailand, 5. Februar. Der „Corriere della Sera“ gibt ein Gerücht wieder, wonach Rumänien die 100-Millionen-Frankenanleihe von Frankreich für Rüstungszwecke deshalb zurückgewiesen habe, weil Italien ihm eine 100-Millionen-Liraanleihe angeboten habe.

Zusammenbruch der mexikanischen Revolution.

Washington, 5. Februar. Exchange Telegraph teilt aus Washington mit, daß die Armee des Generals Huerta von schweren Rückschlägen heimgesucht wird. Aus Tampico verläutet, daß General Huerta bei einer Schlacht bei Veracruz gefallen sei. Amtliche Regierungsstellen sind der Ansicht, daß die mexikanische Revolution kurz vor ihrem Ende stehe. Die Aufständischen scheiden sich an Veracruz zu räumen.

Brandstiftung auf einem Rittergut.

Heiligenstadt, 5. Februar. Nachts entfiand plötzlich in dem Stallungen des Rittergutes Numerode bei Heiligenstadt auf dem Eichsfelde ein Brand, der schnell um sich griff. Während der Pächter mit seinen Leuten das Vieh rettete, bemerkte man, daß auch aus dem Herrenhaus die Flammen emporströmten. Man fand einen Papierkorb, dessen Inhalt auf dem Schreibtisch angezündet war. Das Herrenhaus konnte gerettet werden, während die großen Wirtschaftsgebäude völlig vernichtet sind.

Zwanzig neue Blutrücke in Rußland.

Moskau, 5. Februar. Das Militärgericht in Tschita verurteilte den General der Weißgardisten Pospeljajew und 20 Mitangeklagte zum Tode durch Erschießen, und 57 weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen.

Wirtschaftszahlen und Preise.

Lebenshaltungszindex	1110 milliardenfach
Großhandelsindex	1198 milliardenfach
Fernbrief	10 Goldpfennig
Fernpostkarte	5 Goldpfennig
1 Dollar amtlich	4,2 Billionen
1 Goldmark	1 Billion
Dollarschatanweisung	4,2 Billionen
Reichsbankdiskont	90 Prozent

Der Dollar am 6. 2. 4200 000 000 000

(unverändert)
Goldmark am 6. 2. = 1 Billion.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	5. 2.	4. 2.
	(In Millionen Mark)	
1 holländischer Gulden	1578045	1585955
1 argentinischer Peso	1376550	1383450
1 belgischer Franken	178565	174435
1 norwegische Krone	570570	573430
1 dänische Krone	688275	691725
1 schwedische Krone	1103295	1103745
1 italienische Lire	134737	135663
1 englisches Pfund	18054750	18145250
1 Dollar	4189500	4210500
1 französischer Franc	196508	197492
1 schweizerischer Franc	734160	737840
1 tschechische Krone	123091	123709
1 österreichische Krone	60,049	60,351

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Velsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 152—156, Bomm. 150, Roggen Märk. 134—137, Bomm. 129—140, Braugerste 145—158, Futtergerste 130—140 Hafer Märk. 103—108, Bomm. 100—104.
Weizenmehl 23,50—26,25, Roggenmehl 21,00—23,00, Weizenkleie 7,20—7,30, Roggenkleie 6,20—6,30, Raps 280—, Reinsaat 420, Viktoriaerbsen 26—28, kleine Speiseerbs. 17—18, Pelusafeln 13—15, Ackerbohnen 13—15, Wicken 13—15, Lupinen blaue 13—14, gelbe 15—16, Serabella 14—15, Rapskuchen 10, Leintuchen 22—23, Erbsenmehl 7,70—7,80, Kartoffelkoden 16.

Amtliche Berliner Frühmarktnotierungen. Hafer 136, Wintergerste 155, Sommergerste 170—190, Platamais 200, Roggenkleie 65, Weizenkleie 72 Goldmark.

Berliner Kartoffelnotierung vom 5. Februar. Weiße 1,7, rote Kartoffeln 1,8 Goldmark.

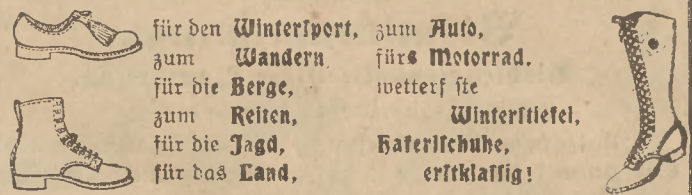
Stettiner Getreidenotierung vom 5. Februar. Roggen 134, wenig verändert; Weizen 153, unverändert, Hafer 102 bis 104; alles für 1000 Kg. ab nahegelegenen Stationen.

Berliner Butternotierung. Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehre zwischen Erzeuger und Großhandel. Frucht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 5. Februar 1924. 1. Qualität 1,70 Goldmark. Tendenz fester.

Kleinhandelspreise der pommerschen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerschen Milchwirtschaftlichen Landesverband in Stettin, für Vollmilch 17—20 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,88—2,00 Goldmark je Pfund, für zugekaufte Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Bären-Stiefel



für den Winterport, zum Auto, zum Wandern, für die Berge, zum Reiten, für die Jagd, für das Land, zum Motorrad, wetttaugliche Winterstiefel, Kautschuhschuhe, erdtauglich!

Hans Bähr, Spezialhaus Berlin, Spittel-Niederlage: Neumann-Stolp, Paradiesstr. 8

Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote in Mosel-, Rhein-, Rotweinen, Portwein :: Cherry, Schaumweinen, Spirituosen. In Weinstuben Offene Weine im Ausblick. Anerkannt gute Küche.

Rentenmark-Kredite

für die Landwirtschaft verschafft auf schnellstem Wege die Bank für Haus- und Grundbesitz. G. G. m. b. H. Reuterstraße 22 Stolp Fernsprecher Nr. 348 und 349

Korb Möbel
Liegestühle etc.

Beste und schönste aller Möbel für Sommer- und Winterverwendung. Vorzügliche Verarbeitung, das Beste in der Branche. Adressen: Kronach (Oberfranken).

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volkstüche Reithahn, Fernruf 1009.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.
Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Rindviehbestande des Viehhändlers Theobald Oberzimmer Bachstraße 2 ist amtstierärztlich die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.

Das Grundstück Bachstraße 2 bildet den Sperrbezirk; ein Beobachtungsgebiet wird nicht gebildet. Das Betreten der Stallungen ist unbefugten Personen, insbesondere Händlern untersagt.

Zuwiderhandlungen gegen die Sperrvorschriften werden nach §§ 74 und 76 des Viehseuchengesetzes bestraft.
Stolp, den 4. Februar 1924.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung

Mit Wirkung vom 1. Februar 1924 wird die Kehrfrist für russische Rohre allgemein von 4 auf 6 Wochen verlängert.
Stolp, den 4. Februar 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Beschulung

Blinder und taubstummer Kinder.

Diejenigen blinden und taubstummen Kinder hiesiger Stadt, die das 4. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind bis zum 15. d. Mts. im Rathaus, Zimmer 21, anzumelden.
Stolp, den 1. Februar 1924.

Der Magistrat.

Brennholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 12. d. Mts., vorm. 10 Uhr werden in Wd. Plassow bei Quadenburg Kr. Stolp ca. 100 Haufen Kiefern-Durchforstungsstangen meistbietend gegen bare Bezahlung verkauft. Versammlung am Gasthofe.

Gutsverwaltung Wd. Plassow.

Ein gutes Mittagessen für eine Mark Im Kaufmanns-Ballhaus!

Knaben-Stoffhosen

mit und ohne Leibchen bekommen Sie stets in

Ynter's Stogengeschäft

Friedrichstraße 6

„Nur das Gute bricht sich Bahn.“

Jeden Posten

Teerfässer und Heringstonnen

kauft

Hermann Geiss, Stolp

Dachpappenfabrik und Baumaterialien-Großhandlung
Hospital, Ecke Rüsterstr. — Fernsprecher 193 u. 19.

Perlkaffee

in bekannter Güte empfiehlt

Otto Stöwer, Stolp i. Pom.

Ostpommersche Kaffee- und Korn-Kaffee-Großhandlung
Langestraße 35. Rüsterstraße 15.

Durch restlose Ausnutzung der
französisch. Frankenbaisse
verkaufen wir grosse Mengen

Thomasmehl

(13-19% zitronensäurelöslich)

rollend und ab Werk vom besetzten Gebiet

— 10 Prozent unter Tagespreis. —

„Bergschloß“ Industriestätten A.-G.
Anklam, Telephon 1 und 419.

Mein reich sortiertes

Stofflager

bietet günstige Einkaufs-Gelegenheit in allen Stoffarten

Verkauf vom Stück

Kammgarne, Cheviots, Homespunnes, Gabardine, Melten, Cords, Trikots, Zwirne, Loden, Ulster- und Paletotstoffe, Beinkleiderstoffe, Westenstoffe, Manchester, Livree- und Uniformtuche

Neue Farben — Aparte Muster :: Solide Preise

Sämtliche Futtersachen vom Stück

Hermann Mundi

STOLP i. Pom.

Neutorstraße 4



Hokus, pokus

Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe
zauberhaft.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz



Zu beziehen durch die **Drogenhandlungen**
und die **Frisuren**.

Gastwirtschaft

(Ausflugsort)
zu kaufen oder pachten
gesucht.
Angeboten an Mitteln
Schwerin i. Meckl.
Gartenstadt 17.

Nr. 30

unserer Zeitung
wir zurück

Verlag der Zeitung
„Stolper Post.“

Harzer Käse
Frühstückskäse
Romadour
Camembert
Tilsiter
Edamer

in nur bester Qualität
empfiehlt

Carl Prengel
Schmiedestr. 2.

Fahnen- Bannere

nach eigenen künstlerischen
Entwürfen, sowie nach
Bereinsbedarfsartikeln
liefern preiswert
Stolper-Sticker
Erzeugnisse
Stolp i. V. Friedrichstr.

„Meine Frau war über 50
alt einer häßlichen

Flechte

gefundes Flechten
auf dem Leibe. Durch
Patent-Medizinal-Seife
Flechten in 3 Wochen beseitigt.
Seife ist lausende wert
Dazu Zuckkoh-Creme (nicht
und fetthaltig). In allen
Drogerien u. Parfümerien

Kirchliche Anzeigen
St. Marien.

Donnerstag, den 7. Feb.
abds 8 1/4 Uhr Bibel
im Evang. Saal (Arnoldstr.)
Pastor

Ev. luth. Pfand
verein: Stolp.

Donnerstag, den 7. Feb.
1924 abds. 7 Uhr
Sammlung in der Aula
Knaben-Mittelschule.

19 | Wo erzielt man den
höchsten Tagespreis für

Eier?

Nur in der

Gieranlaufsstelle

der Fa. Albert Pieper, Stolp

Bahnhofstraße 19

Telephon 498

Gratis!

erhalten Erzeuger bei Verkauf von 1 Stiege Eier
1 braunen Topf.

Bei 2 Stiegen Eier 1 Kaffeetasse mit Untertasse

Eingang im Laden von

H. Wandtke

Haar- u. Küchengeräte.